



Atommüll- Kommission am Ende

Keine Beteiligung, kein Rechtsschutz, keine guten Kriterien:
Der „Neustart“ fällt aus. Und nun?

→ Schwerpunkt Seite 6 – 11

Foto: Daniel Rosenthal / www.namiltonyears.com

Wer zahlt für den Müll?

Der absurde Vorschlag
der Atom-Finanz-Kommission

→ Seite 12–13 und 24

Was machst Du mit #5Milliarden?

Gute Ideen statt Subventionen
für Atomkraftwerke!

→ Seite 16–18

Wozu die Haftnotizen?

Die Steuereintreiberin mit
selbstklebenden Erinnerungen

→ Seite 14–15

Inhalt

3 Editorial

4 Anti-Atom-Meldungen

6 Atommüll-Kommission am Ende

Einführung | Nach zwei Jahren Palaver im großen Stil wird die Atommüll-Kommission im Sommer ihren Abschlussbericht vorlegen

8 „Die Betroffenen müssen das Verfahren mitbestimmen“

Interview | Mediatorin Ulrike Donat über Langzeitperspektiven, und warum es die bei der Atommüll-Frage weiterhin nicht gibt

9 „Fehler fallen viel zu spät auf“

Interview | Atomrechtsexperte Dr. Ulrich Wollenteit über die fatalen Mängel des Endlagersuchgesetzes, die dürftigen Änderungsvorschläge der Atommüll-Kommission daran und den Wunsch von PolitikerInnen, einen Standort per Gesetz zu dekretieren

11 Schweigen am Knackpunkt

Hintergrund | Ausgerechnet bei den Kriterien für die Standortsuche kann die Atommüll-Kommission bisher kaum etwas vorweisen

12 Verursacherprinzip ade

Analyse | Die Atom-Finanz-Kommission will den Konzernen erlauben, die Haftung für ihren Müll auf die Allgemeinheit abzuwälzen

14 „Nehmt euch die Haftnotizen und verteilt sie überall“

Porträt | Carola Gottas, 35, nutzt jede sich bietende Gelegenheit, um ihre Mitmenschen auf das Thema Atomausstieg aufmerksam zu machen

16 „Keine Geschenke an Atomkonzerne!“

Interview | Bildung fördern, Armut bekämpfen, Integration verbessern – oder doch lieber Atomkraftwerke subventionieren?

18 Gute Ideen statt Steuerbefreiung

Dokumentation | Was man mit 5 Milliarden Euro alles Besseres anstellen könnte, als AKW zu subventionieren – eine Auswahl der tollsten Ideen bisher ...

19 .ausgestrahlt-Shop

23 Atomkraft in Italien

Hintergrund | Tschernobyl bringt den Ausstieg, Fukushima verhindert den Wiedereinstieg

24 Milliardenrisiko Atomkraft

Infografik | Keiner weiß, was der Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls kosten werden. Klar ist nur: Die bisherigen Rückstellungen der Atom-Konzerne reichen sicher nicht aus

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges Team von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen.

www.ausgestrahlt.de/ueber-uns/team

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.

www.ausgestrahlt.de/magazin

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

www.ausgestrahlt.de/newsletter

Bereits **3.112 Förderer und Förderinnen** legen mit ihrer regelmäßigen kleinen oder großen Spende die Basis für die kontinuierliche Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank!

www.ausgestrahlt.de/foerdern

Ab Oktober 2016 haben wir wieder Platz für **PraktikantInnen**.

www.ausgestrahlt.de/praktikum

Bela Schifferdecker hat das .ausgestrahlt-Team im März verlassen, um sich beruflich anderen Aufgaben zu widmen.

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS

GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Marienthaler Straße 35

20535 Hamburg

info@ausgestrahlt.de

www.ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher

Bildredaktion: Andreas Conradt

Mitarbeit: Carolin Franta, Helge Bauer,

Massimo Greco, Matthias Weyland,

Sarah Lahl, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller

(holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 46.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Karin Behr / PubliViewing

Der Müll bleibt

Liebe Leserin, lieber Leser,

gleich zwei Kommissionen diskutierten in den vergangenen Monaten über Atommüll. Die vom Bundestag 2014 eingesetzte Atommüll-Kommission sollte Kriterien entwickeln und ein Verfahren vorschlagen, wie ein Lagerplatz für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraft gefunden und wie die Öffentlichkeit an diesem Verfahren beteiligt werden kann. Und die Ende 2015 von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel eingerufene Atom-Finanz-Kommission sollte die milliarden schweren Rückstellungen der Atomkonzerne unter die Lupe nehmen und einen Vorschlag machen, wie diese so gesichert und ausgestaltet werden können, dass am Ende auch tatsächlich genügend Geld zur Verfügung steht, um den Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls zu bezahlen.

Die Atom-Finanz-Kommission stellte ihren Vorschlag am 27. April vor. Das viel zitierte Verursacherprinzip soll demnach beim Atommüll

nicht mehr gelten. Zwar haben die Atomkonzerne Milliarden mit ihren AKW verdient und allein in den vergangenen fünf Jahren noch einen zweistelligen Milliardenbetrag als Dividende an ihre AktionärInnen ausgeschüttet. Die Kosten für die Lagerung ihres Atommülls aber sollen sie nun – so jedenfalls der Vorschlag der Atom-Finanz-Kommission – zum größten Teil auf die Allgemeinheit abwälzen dürfen. Diese soll auch alle Kostensteigerungen übernehmen. Selbst die Abrisskosten der AKW könnten am Ende an den SteuerzahlerInnen hängenbleiben, wenn die Regierung das halbherzige Nachhaftungsgesetz, das bisher nur im Entwurf vorliegt, nicht nachbessert und endlich durch den Bundestag bringt.

Umso wichtiger ist es jetzt, den AKW-Betreibern nicht auch noch Milliarden an Steuern zu erlassen und so die weitere Produktion von Atommüll zu subventionieren. Die Brennelemente-Steuer muss über 2016 hinaus erhoben werden. Da ist die große Koalition gefordert

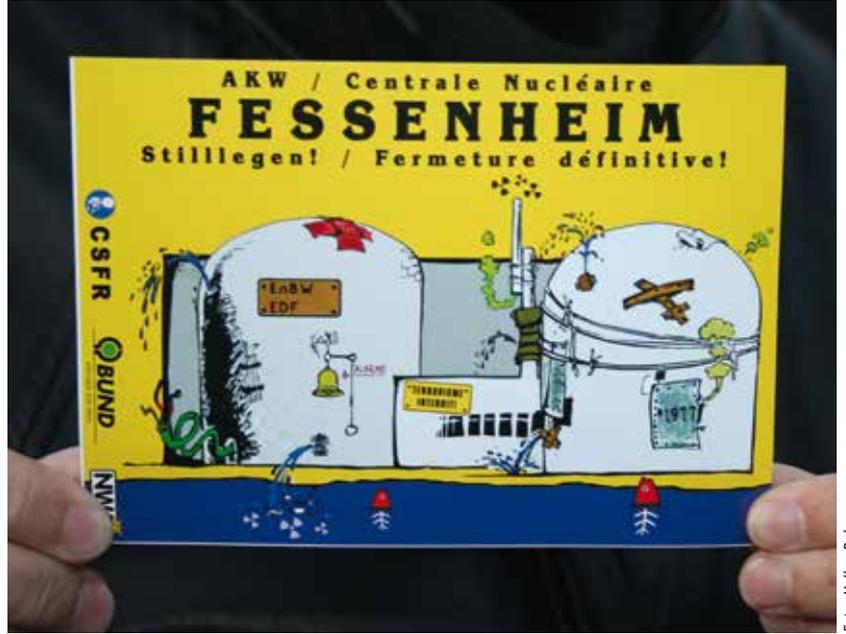
– und wir müssen ihnen dafür gehörig auf die Füße steigen.

Auch die Atommüll-Kommission geht nach zwei Jahren ihrem Ende zu. Diesen Sommer will sie ihren Bericht vorlegen. Inhaltlich ist der mehr als mau. Er wird keine entscheidenden Änderungen am Such-Verfahren vorschlagen; damit dürfte es zu großen Teilen bei dem bleiben, was bisher im Endlagersuchgesetz steht. Welche geologischen Such-Kriterien die Kommission vorschlagen wird, ist noch nicht bekannt. Eine transparente, wissenschaftliche Debatte darüber hat es nicht gegeben. Eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit ist nicht in Sicht. Dass mit diesem Verfahren, vor fünf Jahren als „Neustart“ bei der Suche nach einem Atommüll-lager gepriesen, der jahrzehntelange Atommüll-Konflikt gelöst werden kann, glauben nicht mal die Kommissionsmitglieder selbst.

*Armin Simon
und das ganze .ausgestrahlt-Team*

Beinahe-Katastrophe in Fessenheim

Kern-Temperatur außer Kontrolle, Steuerstäbe blockiert – erst jetzt wurde öffentlich, was am 9. April 2014 im französischen AKW Fessenheim unweit von Freiburg tatsächlich los war: Die Reaktorschnellabschaltung versagte, mehrere Minuten lang fuhr die Mannschaft das Kraftwerk im Blindflug. Die Kraftwerksleitung richtete einen Krisenstab ein, schließlich ordnete sie die Not-Borierung des Reaktors an, um die Kettenreaktion zu stoppen – ein bislang einmaliger Vorgang. Die Situation, urteilen Experten, war deutlich dramatischer als offiziell eingeräumt. Trotzdem soll der Meiler weiter am Netz bleiben, und zwar auf unbestimmte Zeit: Bis der in Bau befindliche Reaktor vom Typ EPR in Flamanville ans Netz geht. Das aber kann noch lange dauern. Geschäftsbeziehungen mit dem Risiko-Reaktor unterhält auch der quasi-staatliche baden-württembergische Stromkonzern EnBW: Er muss 17,5 % der Investitions- und Betriebskosten tragen und erhält dafür 17,5 % des Stroms, den er seit einigen Jahren auf dem Papier gegen Strom aus anderen Kraftwerken in Deutschland tauscht.



AKW Gundremmingen komplett überflüssig

Die als besonders gefährlich geltenden Siedewasserreaktoren Gundremmingen B und C könnten beide vom Netz gehen, ohne dass die Versorgungssicherheit in Bayern und Süddeutschland gefährdet wäre. Das belegt – nach der ‚ausgestrahlt-Studie zum Sofortausstieg von 2015 – nun auch eine Kurzstudie im Auftrag der Fraktion der Grünen im bayerischen Landtag. Diese fordern, beide Reaktoren sofort stillzulegen – laut dem derzeitigen Atomgesetz darf Block B bis Ende 2017 und Block C bis Ende 2021 in Betrieb bleiben. ReaktorsicherheitsexpertInnen kritisieren, dass das Notkühlsystem beider Blöcke nicht den geltenden Anforderungen entspreche. Auch die Erdbebensicherheit des Kraftwerks ist nicht nachgewiesen. Die Abklingbecken mit vielen Tausend abgebrannten Brennelementen liegen außerhalb des Sicherheitsbehälters.

Kontrollen nur vorgetäuscht

Mindestens zwei Dutzend Mal haben MitarbeiterInnen im AKW Philippsburg II bei Sicherheitsprüfungen getrickst. Sie bescheinigten etwa Geräten die ordnungsgemäße Funktion, obwohl sie diese in Wirklichkeit gar nicht geprüft hatten. Auch im (bereits abgeschalteten) AKW Biblis pfuschten die PrüferInnen. Ob noch weitere AKW betroffen sind oder bei noch mehr Prüfungen getrickst wurde, war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. Dass Sicherheitsvorschriften im AKW Philippsburg missachtet werden, ist nicht das erste Mal. Bisher glaubte die Atomaufsicht allerdings stets wieder den Beteuerungen von EnBW, dass derlei nicht mehr vorkommen werde.

Anzeige

DIE Druckerei für Recyclingpapier

www.recyclingflyer.de



Foto: SFSwatch.org

Vogel schießt auf Atomstrom

Eine größere Ladung Vogelschiss ist nach einem Bericht des US-AKW-Betreibers Entergy verantwortlich für eine Schnellabschaltung des AKW Indian Point bei New York Mitte Dezember 2015. Der Kot habe einen Kurzschluss im Hochspannungsnetz verursacht. Im schwedischen AKW Forsmark führte ein ähnlicher Kurzschluss außerhalb der Anlage im Sommer 2006 beinahe zur Kernschmelze.

Immer mehr Strom immer billiger

Vor allem der Ausbau der erneuerbaren Energien lässt die Großhandelspreise für Strom weiter fallen. Im Jahr 2015 sanken sie laut einer Marktanalyse des Netzbetreibers Tennet um 3,6 Prozent. Die Kilowattstunde kostete so an der Strombörse nur noch zwischen drei und vier Cent – etwa halb so viel wie 2011 –, bisweilen lag der Preis sogar nur um die 2 Cent.

Plutonium-Export in die USA

28,5 Kilogramm Plutonium und Uran aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe (heute: KIT) und dem europäischen Institut für Transurane rollen Ende Januar per Lkw nach Nordenham, wo sie auf ein Schiff in Richtung USA verfrachtet werden. Auch die Schweiz nutzt die Gelegenheit, Plutonium loszuwerden: 20 Kilo schickt sie mit, die seit den 1960er-Jahren in Würenlingen lagerten. Das war die Zeit, als die Schweiz noch Atommacht werden wollte – offiziell aufgegeben wurden diese Pläne erst 1988. In den USA soll das brisante Material im Atomkomplex Savannah River Site landen – dort, wo die Bundesregierung, allem Gerade vom Atommüll-Exportverbot zum Trotz, am liebsten auch noch die etwa eine Million abgebrannten Brennstoffkugeln aus dem Kugelhaufen-Versuchsreaktor Jülich und dem Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop abladen will. Umweltschützer in South Carolina sind von den Müllimporten alles andere als begeistert. „Wir sind nicht eurer Atomabfallkübel“, kritisieren sie. „Wir wollen hier keinen Nuklearmüll, der unter dem Deckmantel von Non-Proliferation angeliefert wird.“

www.ausgestrahlt.de/export-usa



Foto: privat

Gefängnisdirektor zahlt Strafe für Atommüll-Blockade

Der Direktor der JVA Vechta hat die Strafe einer Atomkraftgegnerin beglichen, die sich 2012 in Münster von einer Brücke abgesiebt hatte und so einen Atommülltransport auf dem Dortmund-Ems-Kanal für mehrere Stunden stoppte. Mit den 20 Euro, die er aus seiner privaten Tasche bezahlt habe, wollte der Mann einen eintägigen Gefängnisarrest der Aktivistin verhindern – und mögliche öffentlichkeitswirksame Aktionen derselben im Knast. Ersteres klappte, Zweiteres allerdings nicht: Die Aktivistin machte den Fall publik, der Gefängnisdirektor konnte sich vor Interviewanfragen kaum retten. Am Ende bereute er seine Spendabilität ...



Foto: Andreas Conradt / PublicViewing

Party in Gorleben

Damit vor lauter Kultur auf der „Kulturellen Landpartie“ im Wendland (5.–16. Mai) der Protest gegen den Atommüll nicht zu kurz kommt, packen am **Pfingstfreitag, den 13. Mai**, die meisten AusstellerInnen ihre Sachen ein und laden gemeinsam mit der BI Lüchow-Dannenberg zu einer großen „Widerstandspartie“ in den Gorlebener Wald. Rings um die Atomanlagen wird es dort wie letztes Jahr eine bunte Mischung aus Kultur und Politik geben, Spaß und kraftvolle Demonstration zugleich – Gorleben soll leben!

.ausgestrahlt zeigt die Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“, am Infostand ist Zeit für einen Schnack – am 13.5. im Gorlebener Wald und die anderen Tage in Salderaten. Die Ausstellung ist parallel auch in Klein Witzeeetze zu sehen.

www.kulturelle-landpartie.de/orte/gorleben-kulturelle-widerstandspartie.html

Scher dich um Tschernobyl

30 Jahre nach dem Super-GAU in Tschernobyl erkranken noch immer unzählige Kinder in Weißrussland und der Ukraine an Krebs. Chemotherapie, so sie denn verfügbar und erschwinglich ist, lässt ihnen die Haare ausfallen. „Glatze oder Spende“ fordert die österreichische Anti-Atom-Organisation Global2000 und ruft so zu Solidarität und Unterstützung für die Strahlenopfer auf.

www.global2000.at/glatze-oder-spende

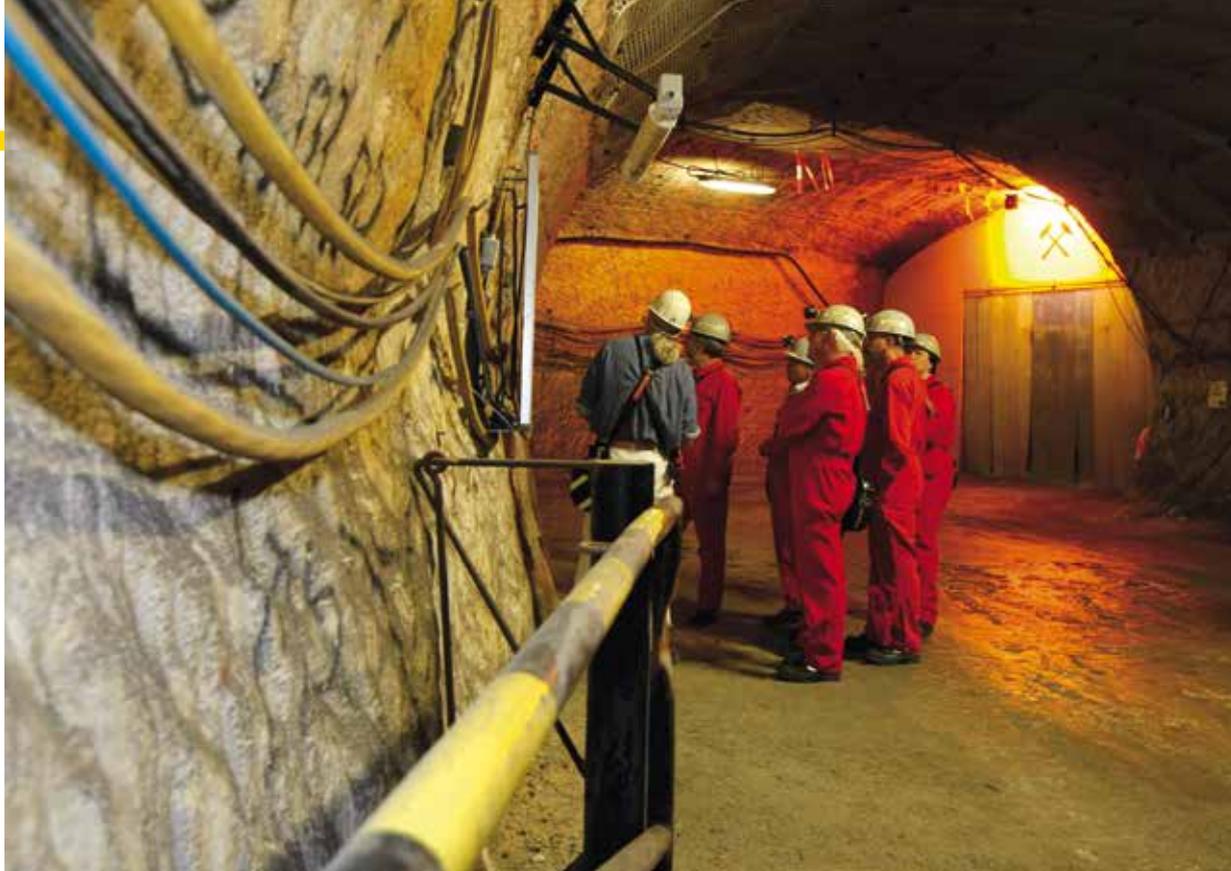


Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Gorleben unter Tage

Atommüll-Kommission am Ende

Einführung | Nach zwei Jahren Palaver im großen Stil wird die Atommüll-Kommission im Sommer ihren Abschlussbericht vorlegen. Dass der hilft, den jahrzehntelangen Atommüll-Konflikt zu lösen, glaubt niemand

Der 11.11.2011 ist ein besonders nährlicher Tag. Ob der Rheinländer und damalige Umweltminister Norbert Röttgen das im Sinn hat, als er an just diesem Tag zusammen mit den MinisterpräsidentInnen einen „Neustart“ bei der Suche nach einem Atommüll-Lagerplatz verkündet, ist nicht überliefert. Der „Neustart“ hingegen lässt auf sich warten. Röttgen ist längst nicht mehr Minister, als eine schwarz-rot-gelb-grüne Parteien-Koalition im Bundestag im Sommer 2013 das Endlagersuchgesetz beschließt. In letzter Minute hat die rot-grüne niedersächsische Landesregierung dort die sogenannte Atommüll-Kommission hineinverhandelt. Das 33-köpfige Gremium soll Grundsatzfragen zum Umgang mit Atommüll klären, das Endlagersuchgesetz evaluieren und Änderungen daran vorschlagen, Instrumente der Öffentlichkeits-

beteiligung entwickeln sowie geologische Kriterien für die Standortauswahl festlegen. Ein Jahr später, Ende Mai 2014, nimmt es seine Arbeit auf.

Wer in den zweieinhalb Jahren bis zum Kommissions-Start außen vor bleibt, ist die kritische Öffentlichkeit, AtomkraftgegnerInnen, Umweltverbände, Bürgerinitiativen – all jene also, die seit Jahren dafür kämpfen, die weitere Produktion von Atommüll zu stoppen, und die sich oft genug bereits mit Atommüll-Projekten vor ihrer Haustür herumschlagen. Mehrfach melden sie sich zu Wort, erinnern daran, dass es vor allem und in erster Linie eines gesellschaftlichen Konsenses bedarf, um den Atommüll-Konflikt zu lösen. Ein Konsens darüber, wie der Müll, der nunmal da ist, am wenigsten schädlich gelagert werden kann. Und auf welche Weise der am wenigsten

schlechte Platz dafür gefunden werden soll. „Nur wenn das Wie der Suche unumstritten und von allen akzeptiert ist, kann diese tatsächlich erfolgreich sein. In jedem anderen Fall wird sie nicht den bestmöglichen, sondern bloß einen der politischen Mehrheit opportunen Endlagerstandort ermitteln, an dem es sofort – und zu Recht – massiven Protest geben würde.“, so .ausgestrahlt in einem Positionspapier. „Nur wenn sich von Anfang an alle einig über das Verfahren sind, werden auch die am Ende Betroffenen das Ergebnis akzeptieren können.“

Politische Zeitmessung

Bei Parteien und PolitikerInnen stoßen die Umweltverbände und Initiativen damit auf taube Ohren. „Keine Zeit für langwierige Debatten“, heißt es. Weil sich das kurze Zeitfenster, in dem die Parteien zusammenarbeiten könnten, schon wieder schließt, wegen Landtags- und Bundestagswahlen. Keine Zeit, gemeinsam Interessen zu klären, Bedingungen auszuhandeln und Kriterien zu entwickeln, mit denen alle leben können. Keine Zeit, sich auf ein Verfahren zu einigen, dessen Ergebnis am Ende alle akzeptieren sollen. Kein Verständnis, was das noch bringen soll, wo es doch schon einen „historischen“ Fünf-Parteien-Konsens gibt. Und keine Lust, muss man vielleicht hinzufügen, einen solchen Schritt zu wagen, der tatsächlich ein Neustart wäre.

Denn da ist ja noch Gorleben. Das Örtchen im östlichsten Zipfel Niedersachsens, bei dem seit 30 Jahren ein Loch in den maroden, von Wasser umspülten Salzstock gegraben wird. Die einen würden dort am liebsten sofort den ganzen Strahlenmüll hineinkippen. Die anderen setzen seit Jahrzehnten alles daran, ebendies zu verhindern. „Erkundungsbergwerk“ vs. „Schwarzbau“. Der Parteien-Konsens zur Standortsuche ist einer, bei dem jede Partei glaubt, damit zum Ziel zu kommen. Nur, dass die Ziele eben nicht diesselben sind, sondern genau entgegengesetzt. Der Konsens ist nur taktischer Natur.

Seriös soll sie aussehen, die Kommission. WissenschaftlerInnen sollen darin sitzen, „VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen“, und ja, auch PolitikerInnen; die aber nur ohne Stimmrecht. Offiziell soll die Kommission die Politik beraten. Faktisch bestimmt die Politik, wer in der Kommission sitzt. Da geht dann schon mal ein Ex-Ministerpräsident als „Vertreter der katholischen Kirche“ durch, der oberste Gorleben-

Lobbyist und Ex-Chef der Vattenfall-AKW als „Wissenschaftler“ und die Manager von Eon und RWE als „Vertreter der Zivilgesellschaft“

Die Umweltverbände und Initiativen weigern sich, dieses Spiel mitzuspielen. In großer Mehrheit beschließen sie, dass die ihnen zugestandenen zwei Sitze leer bleiben sollen, weil sie sicher sind, dass sich in dieser Kommission nichts bewegen lässt. Doch die Parteien haben bisweilen einen langen Arm. Ihre VertreterInnen sitzen in Vorständen und Beiräten mancher Verbände. Am Ende sitzen je ein Vertreter des BUND und der Deutschen Umweltstiftung in der Runde, gegen das überwältigende Mehrheitsvotum der Bewegung. Interessant: Trotzdem ist in der Kommission immer wieder die Rede davon, dass die kritischen Organisationen fehlen, was ja auch stimmt. Die Kommission soll Öffentlichkeitsbeteiligung erproben, scheitert damit aber weitgehend. Die groß angekündigte „breite gesellschaftliche Atommüll-Debatte“ findet nicht statt. Die wenigen von der Kommission durchgeführten „Beteiligungs“-Veranstaltungen haben praktisch keinen Einfluss auf die Ergebnisse, sondern dienen als Feigenblatt. Den Berichtsentwurf kann man theoretisch online kommentieren. Jedenfalls die Abschnitte, die schon veröffentlicht sind. Doch selbst Ende April sind die wesentlichen Kapitel alle noch leer. Kriterien der Standortsuche? Sucht man hier vergeblich. Die Frist für Online-Kommentare läuft Anfang Mai angeblich ab.

Chance vertan

Fast fünf Jahre sind seit dem November 2011 vergangen. Eine große Chance wurde vertan. Im Sommer wird die Kommission ihren Bericht abgeben, vielleicht auch mit Kriterien, und mit ein paar Änderungsvorschlägen fürs Gesetz. Der Bundestag wird sich herauspicken, was ihm nützlich scheint, und das Gesetz eventuell leicht modifizieren. Dann wird das Suchverfahren losgehen, wie es dort beschrieben ist. Es wird irgendwann Standortvorschläge geben, Gorleben wird sicher auch darunter sein. Es wird Entscheidungen geben. Und der Widerstand wird losgehen. Damit rechnen auch alle, die in der Kommission sitzen. Vor allem die PolitikerInnen. Denn der Atommüll-Konflikt ist nicht gelöst.

„Neustart“? Der 11.11. ist ein närrischer Tag. Da wird ja wohl ein Scherz erlaubt gewesen sein.

Armin Simon

70

Standort-, Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbände

„Diese Kommission ist nicht unsere Kommission und dieser Bericht ist nicht unser Bericht“, beginnt die gemeinsame Erklärung von 70 Standortinitiativen, Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbänden zum Abschluss der Atommüll-Kommission. Sie erläutern darin, warum sie die Arbeit der Kommission und den angeblichen „Neustart“ in Sachen Atommüll-Konflikt für gescheitert halten und deshalb auch der öffentlichen Vorstellung des vorläufigen Kommissionsberichts Ende April fernbleiben:

„Weder die Arbeit der Kommission noch ihre Ergebnisse konnten Vertrauen schaffen – im Gegenteil: Dies ist kein Neustart beim Umgang mit dem Atommüll, sondern die Fortführung eines falschen und gescheiterten Verfahrens:

- Die Kommission ist dem (...) Anspruch, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, mitnichten gerecht geworden. (...)
- Die willkürliche politische Entscheidung für den geologisch ungeeigneten Standort Gorleben wurde nicht revidiert (...).
- Eine breite gesellschaftliche Debatte zum am wenigsten risikoreichen Umgang mit dem Atommüll hat es nie gegeben. (...)
- Die Öffentlichkeit wurde in der Kommission weder frühzeitig noch angemessen beteiligt.

Als Feigenblatt für diesen Irrweg stehen wir auch weiterhin nicht zur Verfügung. (...) Wir fordern die Politik abermals auf, einen ernsthaften Neuanfang in der Atommüllfrage anzugehen (...).“

Zu den UnterzeichnerInnen der Erklärung gehören neben .ausgestrahlt und der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg unter anderem die AG Schacht Konrad, die IPPNW und das Umweltinstitut München.

„Die Betroffenen müssen das Verfahren mitbestimmen“

Interview | Mediatorin Ulrike Donat über Langzeitperspektiven, und warum es die bei der Atommüll-Frage weiterhin nicht gibt

Frau Donat, warum muss die Öffentlichkeit mitreden bei der Atommüll-Frage?

Wirtschaft, Politik und Wissenschaft haben bei diesem Thema 40 Jahre lang versagt. Es war immer die Öffentlichkeit, die Anti-AKW-Bewegung, die den Finger in die Wunde gelegt hat. Wenn sie nicht beteiligt wird, ist zu befürchten, dass die wesentlichen Fragen gar nicht gestellt werden.

Was macht gute Beteiligung aus?

Partizipation setzt voraus, dass die betroffene Bevölkerung das Verfahren mitbestimmt, die Moderation mitbestimmt, dass sie echte Einflussrechte bekommt – in der Fachsprache heißt das „Ergebniswirksamkeit“. Und nur das ist auch wirklich ein Gerechtigkeits- und Beteiligungs- und Demokratiegewinn. Dieses „Wir bauen da jetzt hin, was ihr nicht haben wollt, aber ihr dürft bestimmen, welche Farbe die Fassade hat“, das muss man nicht mitmachen.

Wie lief das in der Atommüll-Kommission?

Die Beteiligung während der Kommissionsarbeit hat nicht wirklich funktioniert, die Kommission war sehr mit sich selbst beschäftigt und hat die Öffentlichkeit nicht am Entscheidungsprozess beteiligt, da gab es keine Offenheit.

Es gab doch Veranstaltungen, Online-Kommentierungen ...

Es reicht aber nicht zu sagen: „Schön, dass wir mal darüber geredet haben.“ Es braucht den Dialog, nicht im Sinne von „Einer sendet und einer hört“, sondern im Sinne von „Man redet miteinander, nimmt die Argumente auf, bearbeitet und verarbeitet sie so, dass es auch eine Rückmeldung gibt.“ Das alles fehlte in der Kommission. Man durfte mal an einen zu spät veröffentlichten Bericht einen Kommentar dranschreiben – aber es gab keine Garan-

tie, dass das irgendwo aufgenommen wurde. So etwas meine ich natürlich nicht.

Die Kommission hat eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema eingesetzt.

Das Ziel dieser Kommission war einmal, einen anderen Umgang mit der Bevölkerung zu finden als den bei Castortransporten üblichen – denn mit einer derartigen Konfrontation kann eine Demokratie nicht zu guten Entscheidungen kommen, das ist kein Weg, den eine Demokratie gehen kann. Die Umweltvertreter in der Arbeitsgruppe 1 haben das auch alles hübsch diskutiert, was es für eine wirksame Beteiligung bei der Atommüll-Frage bräuchte und wie das die Legitimität und letztlich auch die Akzeptanz des Verfahrens erhöhen würde. Am Ende ist das aber alles von den Hardlinern in der Gesamtkommission zurückgestutzt worden.

Auch der Abschlussbericht der Kommission wird uns Ihrer Meinung nach einer echten Beteiligung nicht näher bringen?

Im Ergebnis: nein. Es gibt guten Willen in Teilen der Kommission, aber ich fürchte, der setzt sich nicht durch. Und dann müsste es ja noch die Hürde im Bundestag nehmen.

Die Politik will sich die Entscheidung eben nicht aus der Hand nehmen lassen ...

... und die LobbyistInnen aus der Wirtschaft wollen ihren Einfluss behalten. Dazu sage ich nur: Die Öffentlichkeit hat immer Einfluss. Sie kann es in Gremien und Verfahren tun oder eben außerhalb. Langfristig wird es ohne echte Beteiligung der BürgerInnen nicht gehen. Zeiträume, die über so viele Generationen gehen, hat nur die Bevölkerung selbst im Blick – nicht die einzelnen Akteure, die nur einen Job ausfüllen oder für kurze Zeit gewählt sind. Dieses „Über-die-Legislaturperiode-hinweg-Denken“, das tun nur die, die wirklich engagiert sind.



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Ulrike Donat

Ulrike Donat ist Rechtsanwältin und Mediatorin in Hamburg. Die Expertin für Konflikt-bewältigung und Bürgerbeteiligung hat als Referentin im Untersuchungsausschuss Gorleben tiefe Einblicke erhalten, was herauskommt, wenn KritikerInnen nicht ernstgenommen und falsche Entscheidungen aus politischen Gründen durchgeboxt werden. Ihre Expertise hat sie auch versucht, in die Atommüll-Kommission einzubringen.

Wie könnte der jahrzehntelange Atommüll-Konflikt denn aufgelöst werden?

Man muss Kriterien entwickeln, und zwar miteinander, um eine gute Lösung zu finden. Was aber im Moment passiert, ist, dass einige denken, sie setzen die Kriterien, und über den Rest, der keine Rolle mehr spielt, lassen sie dann die Leute palavern. Aber so funktioniert das nicht. Ein solches Vorgehen wird an jedem Ort Widerstand erzeugen – eben weil das kein gerechtes Auswahlverfahren ist.

Interview: Armin Simon



Trecker Demo in Gorleben, 2012

Foto: Michaela Mügge / Publiktivring

„Fehler fallen viel zu spät auf“

Interview | Atomrechtsexperte Dr. Ulrich Wollenteit über die fatalen Mängel des Endlagersuchgesetzes, die dürftigen Änderungsvorschläge der Atommüll-Kommission daran und den Wunsch von PolitikerInnen, den Standort des geplanten Atommülllagers per Gesetz zu dekretieren



Foto: privat

Herr Wollenteit, warum hebt das Endlagersuchgesetz den Rechtsschutz aus?

Es schreibt vor, dass bei der Endlagersuche – anders als bei Planungsverfahren sonst üblich – der Bundestag alle wesentlichen Standortentscheidungen trifft. Es ersetzt also typisch administrative Entscheidungen durch Gesetzgebung. Das wirft ganz erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf – Stichwort Gewaltenteilung und eben auch Rechtsschutz.

Die einzelnen Auswahlsschritte sollen nicht mehr gerichtlich überprüfbar sein?

Gegen solche gesetzlichen Standortzuweisungen kann man nur noch Verfassungsbeschwerden erheben. Der sonst übliche Instanzenweg ist vollständig ausgeschaltet. Das Bundesverfassungsgericht prüft zudem nur Grundrechtsverletzungen. Verstöße gegen einfache Gesetze können beim Bundesverfassungsgericht nicht geltend gemacht werden. Wird z.B. ein Kriterium falsch angewandt oder ein

Verfahrensrecht verletzt, wäre dies nur beim Verfassungsgericht thematisierbar, wenn dies zugleich mit einer Grundrechtsverletzung verbunden wäre. Umweltverbände sind zudem nicht grundrechtsfähig und können deshalb prinzipiell gar keine Verfassungsbeschwerden erheben. Schließlich fallen auch die EU-rechtlich vorgeschriebenen Klagerechte von Umweltverbänden weg. In dieser Lage noch von einem angemessenen Rechtsschutz sprechen zu wollen, erscheint mir rechtlich ein durchaus ambitioniertes Unterfangen.

Eine einzige Klagemöglichkeit sieht das Gesetz trotzdem heute schon vor: gegen die Entscheidung, welcher Standort untertätig erkundet werden soll.

Ja, das neue Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE) soll in einem Bescheid bestätigen, dass das bisherige Verfahren den Anforderungen des Gesetzes in formeller Weise und in Hinblick auf die Kriterien entsprochen hat;

Dr. Ulrich Wollenteit

Rechtsanwalt Dr. Ulrich Wollenteit, Partner der auf Umweltrecht spezialisierten Kanzlei Rechtsanwälte Günther in Hamburg, beschäftigt sich seit Jahren mit Atomrecht und hat zahlreiche Klagen gegen Zwischenlager, Atomkraftwerke und Castor-Transporte begleitet. Aktuell versucht er unter anderem mit Greenpeace und der BI Lüchow-Dannenberg, die Veränderungssperre in Gorleben zu kippen. Seine Kritik am Endlagersuchgesetz brachte er bereits Ende 2014 auf einer Anhörung der Atommüll-Kommission ein; seine Beurteilung der Änderungsvorschläge der Kommission trug er Anfang April auf einer Veranstaltung des BUND vor.

diesen Bescheid kann man dann vor Gericht angreifen. Das ist ein sehr merkwürdiges Konstrukt, denn die Standortentscheidung wird im Erfolgsfall nicht etwa aufgehoben, sondern es ergeht lediglich ein Feststellungsurteil. Und was passiert eigentlich, wenn das Gericht dann Fehler feststellt? Das ist im Gesetz nicht geregelt. Außerdem kann der Bundestag an eine wie auch immer geartete gerichtliche Entscheidung schon aus verfassungsrechtlichen Gründen gar nicht gebunden sein.

Die Atommüll-Kommission hatte die Aufgabe, das Endlagersuchgesetz zu evaluieren. Wie beurteilen Sie die Änderungsvorschläge?
Sie bringen keine substanziellen Änderungen.

Aber mehr Rechtsschutz?

Es gibt den Vorschlag, eine vergleichbare Rechtsschutzmöglichkeit wie für die untertägige Erkundung auch bei der endgültigen Standortfestlegung einzuführen. Wobei es offenbar auch Kommissionsmitglieder gibt, welche die bisherige minimale Rechtsschutzmöglichkeit dafür streichen wollen.

Das hieße, dass es erst ganz am Ende eines womöglich Jahrzehnte dauernden Verfahrens, wenn bereits alle Standorte erkundet sind und die Standortentscheidung ansteht, ein einziges Mal die Möglichkeit gäbe, dagegen zu klagen?

Richtig. Das ist meines Erachtens verfassungsrechtlich weiterhin äußerst fragwürdig.

Von den juristischen einmal abgesehen – welche ganz praktischen Probleme wirft eine solche Regelung auf?

Wenn man nach einem jahrzehntelangen Prozess beanstandet, dass es in dem Prozess Fehler gegeben hat, dann stellt sich schon die Frage: Sind die überhaupt noch korrigierbar? Es könnte ja sein, dass sie schon sehr früh in dem Verfahren passiert sind oder dass ein Kriterium sehr früh schon falsch angewendet worden ist: Bei einem solchen Verfahren fällt das dann viel zu spät auf. Hinzu kommt, dass wieder nicht geregelt ist, was dann eigentlich passieren soll. Ein Rücksprung um Jahre oder gar Jahrzehnte?

Kaum praktikabel – und kaum vorstellbar.

Eben. Eine solche Konstruktion verfehlt wesentliche und bei einem solchen Thema entscheidende Prinzipien – etwa das Prinzip der

Fehlerfreundlichkeit. Wenn man einen Fehler macht, ist es ja sinnvoll, den auch zeitnah zu korrigieren. Das geht mit diesem Gesetz aber nicht.

Wie lautet die Begründung für die sogenannte Legalplanung, also die Planung mit Hilfe von Gesetzen statt mit Verwaltungsentscheidungen?

Es heißt, das sei nötig, um die Legitimität einer Standortentscheidung zu steigern. Legitimität erzeugt man aber nicht dadurch, dass man den Betroffenen in der gesamten Phase den Rechtsschutz abschneidet. Der sollte vielmehr über das ganze Verfahren durchgängig gewährleistet sein.

Was, glauben Sie, ist der Grund dafür, dass er so minimal ausgelegt wird?

Vor allem die Politiker wollen die Entscheidung gerne in ihrer Hand behalten. Und sie wünschen keine Klagerechte. Das haben mir Bundestagsabgeordnete aus der Kommission und andere Kommissionsmitglieder sehr deutlich so gesagt.

Der Konflikt ...

... ist einer zwischen Politik und Bevölkerung!

Einige Kommissionsmitglieder stellen als großen Erfolg der Kommission heraus, dass diese ein „generelles Exportverbot“ für Atommüll fordert.

Solchen Formulierungen würde ich immer ein gewisses Misstrauen entgegenbringen. Da können noch Hintertürchen drin sein: „generell“ ist es verboten, ausnahmsweise dann aber doch wieder zulässig. Außerdem soll das Verbot erst „für die Zukunft“ gelten – unter Umständen also nicht mal für den schon geplanten Export von Atommüll aus Jülich in die USA. Da fehlt eine Klarstellung.

Ändern die Vorschläge der Kommission zum Endlagersuchgesetz etwas an der Sonderrolle Gorlebens?

Definitiv nicht. Aus meiner Sicht ist es ein Grundfehler in dem ganzen Verfahren, dass man nicht den Mut hatte, Gorleben von vornherein auszuschließen. Es ist sehr deutlich geworden, dass Gorleben als Schere im Kopf das Verfahren immer mitbestimmt und deshalb dessen Ergebnisoffenheit immer gefährdet ist und bleiben wird.

Das Kapitel „Kriterien für die Standortauswahl“ könnte eines der entscheidendsten im Bericht der Atommüll-Kommission werden. Denn die hier benannten, sortierten und gewichteten Kriterien sollen Eingang finden ins Endlagersuchgesetz und damit die inhaltlichen Regeln für die Suche nach dem am wenigsten schlechten Lagerplatz für den Atommüll vorgeben. So hat es der Bundestag einst beschlossen. Doch Ende April 2016 steht unter der Kapitelüberschrift schlicht – nichts. Kein Ergebnis, keine Kriterien. Nach anderthalb Jahren Diskussion.

Unter den 16 Mitgliedern der Arbeitsgruppe 3 (AG3), der die Atommüll-Kommission die Kriterien-Frage übertragen hat, sind ganze zwei mit geologischer Ausbildung. Bei Bedarf bringen aber auch Maschinenbau-Ingenieure und Betriebswirte mehrseitige Abhandlungen über eiszeitliche Rinnenbildung, halokinetische Aufstiegsgeschwindigkeiten und Subrosion mit ein.

Auf eines hat sich die AG3 früh geeinigt: Sie hält am seit Jahrzehnten verfolgten (und in Morsleben und der Asse gescheiterten) Konzept der geologischen Tiefenlagerung fest. Mögliche Alternativen hat sie gar nicht erst ausführlich diskutiert.

Der Schatten von Gorleben

Es war eine bewusste (und viel kritisierte) Entscheidung der Politik, den politisch längst verbrannten Standort Gorleben nicht von vornherein ad acta zu legen. Stattdessen hat sie ihn sogar als einzigen potenziellen Standort namentlich im Gesetz erwähnt. Das rächte sich insbesondere in der AG3: Gorleben hing und hängt wie ein Schatten über jeder fachlichen Frage. Von einer „transparenten“ und „wissenschaftsbasierten“ Diskussion, wie sie das Endlagersuchgesetz fordert, kann keine Rede sein. Bestenfalls gibt es ein Aushandeln von Formulierungen. Entscheidende Fragen, etwa die Kriterien zur „Günstigen Konfiguration der Gesteinskörper, insbesondere von Wirtsgestein und einschlusswirksamem Gebirgsbereich“ oder zur Anforderung „Deckgebirge“, wurden am Ende sogar ganz aus der öffentlichen Verhandlung herausgenommen und in einer nichtöffentlichen vierköpfigen Kleingruppe besprochen. Mit dem Geologen Detlef Appel

Interview: Armin Simon



Stollen im Salzstock Gorleben

Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Schweigen am Knackpunkt

Hintergrund | Ausgerechnet bei den Kriterien für die Standortsuche kann die Atommüll-Kommission bisher kaum etwas vorweisen. Bei den meisten der strittigen Punkte ist keine Einigung in Sicht

und dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel auf der einen sowie dem Eon-Sonderbeauftragten Bernhard Fischer und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Steffen Kanitz auf der anderen Seite war diese sozusagen gorleben-paritätisch besetzt. Angeblich hat sie eine (bei Redaktionsschluss dieses Hefts noch nicht öffentliche) Sprachregelung gefunden.

Das verschwundene Deckgebirge

Schon aus Mangel an Alternativen und eigenen fachlichen Kapazitäten hat die AG3 als Textgrundlage die Anforderungen des ehemaligen Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) übernommen, der von 1999 bis 2002 tagte – allerdings inklusive aller Ungeheimtheiten. So stellt etwa das Salzgutachten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) von 1995 die wichtige Rolle eines intakten, wasserhemmenden Deckgebirges über dem Salz explizit heraus. Beim AkEnd jedoch taucht dieses Kriterium auf einmal nicht mehr auf. Der Verdacht liegt nahe, dass dies schon damals mit Gorleben zu tun hatte – dort ist bekanntlich keinerlei schützendes Deckgebirge über dem Salz vorhanden, sondern nur

Geröll und Grundwasser. Die offizielle Begründung lautete, dass die im Zeitraum von einer Million Jahren zu erwartenden Eiszeiten die Deckgebirgsschichten sowieso erodieren würden. Doch selbst wenn es so käme, was keiner sicher prognostizieren kann, könnte ein wasserundurchlässiges Deckgebirge bis zur nächsten Eiszeit ein wichtiger Schutz der Biosphäre sein, wenn es denn vorhanden wäre. Die AG3 ging diesen Fragen schlicht nicht nach – unter Umständen hätte sie dann ja die gorlebenfreundlichen Festlegungen des AkEnd revidieren müssen.

Die ungeklärte Kristallin-Frage

Der Unwillen oder die Unfähigkeit, die Annahmen des AkEnd kritisch zu hinterfragen, zeigte sich auch beim Thema Kristallingestein. Neben Salz- und Tonformationen gelten kristalline Formationen wie Granit als potenziell geeignet für ein Atommülllager. Allerdings ist es kaum möglich, Kriterien zu finden, die auf alle drei Gesteinstypen gleichermaßen anwendbar sind – zu unterschiedlich sind ihre spezifischen Eigenschaften. Eine mögliche Herangehensweise wären gesteinspezifische Kriterien. Dies jedoch hätte weitreichende Folgen: Man müsste

dann in einem ersten Schritt zunächst nach den jeweils besten Standorten für jedes Gestein suchen und diese erst in einem zweiten Schritt miteinander vergleichen. Der AkEnd konnte sich zu einer solchen Entscheidung nicht durchringen. Die AG3 „erbte“ das Problem – und diskutierte bei nahezu jedem Kriterium wieder aufs Neue darüber, wie mit den unterschiedlichen Eigenarten der verschiedenen Gesteinstypen umzugehen sei. Die grundsätzliche Frage, wie sich drei sehr unterschiedliche Gesteine objektiv vergleichen lassen, ist nach wie vor ungeklärt.

Freie Hand der Willkür

Eine der Herausforderungen eines vergleichenden Suchverfahrens mit vielen Abwägungskriterien ist es, eine Methode zu finden, mit der sich ein Standorte-Ranking erstellen lässt. Der AkEnd sah hierfür ein streng hierarchisches Aggregationsverfahren vor. Die AG3 kippte diese Vorgabe. Damit kann das künftige Bundesamt für kerntechnische Entsorgung, das die Standortsuche durchführen soll, Kriterien mehr oder weniger nach Beliebigkeit gewichten. Man könnte auch sagen: freie Hand der Willkür.

Armin Simon



Protestaktion vorm Wirtschaftsministerium zur letzten Sitzung der Atom-Finanz-Kommission am 27. April

Foto: Jörg Farns

182 Mrd.

Nach Angaben der AKW-Betreiber werden sich die Atom-Folge-Kosten bis 2099 auf 182 Mrd. Euro belaufen.

81 Mrd.

Die Rückstellungen der AKW-Betreiber in Höhe von 38 Mrd. Euro (Stand Ende 2014) werden gerade einmal für Kosten in Höhe von 81 Mrd. Euro ausreichen – und das auch nur, wenn sie zumindest langfristig wieder 3,0 Prozent Zinsen pro Jahr abwerfen. Selbst mit dem von der Kommission geforderten „Risikoaufschlag“ von 6 Mrd. Euro reicht es nur für 98 Mrd. Euro aus – gerade einmal gut die Hälfte der laut AKW-Betreibern zu erwartenden Kosten.

136.000

Unterschriften

Die Atom-Rückstellungen sichern, die Konzerne aber nicht aus der Haftung für ihren Müll entlassen – das fordern auf Initiative von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München bereits mehr als 136.000 Menschen.

www.ausgestrahlt.de/badbank

Verursacherprinzip ade

Analyse | Die Atom-Finanz-Kommission will den Konzernen erlauben, die Haftung für ihren Müll auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Unter Umständen müssen sie selbst für die Abrisskosten ihrer AKW am Ende nicht zahlen

Wer AKW baut, muss auch ihren Abriss finanzieren. Wer Atom Müll produziert, muss auch für dessen jahrtausendelange Lagerung aufkommen. So steht es im Gesetz. Doch das Verursacherprinzip ist in Gefahr. Geht es nach der Atom-Finanz-Kommission, die am 27. April, kurz nach Redaktionsschluss dieses Heftes, ihre Empfehlungen vorstellt, dürfen die Konzerne bald den größten Teil der Atom-Folge-Kosten auf die Allgemeinheit abwälzen – ein unabsehbar großes finanzielles Risiko.

Jahrzehntelang haben die AKW-Betreiber aus ihren Einnahmen steuerfreie Rückstellungen gebildet, um damit einmal AKW-Abriss und Atom Müll-Lagerung zu finanzieren. Bis heute können sie dieses Geld frei nutzen, was ihnen einen enormen Wettbewerbsvorteil beschert. Erst als die Konzerne Jahr für Jahr größere Verluste verbuchten, hinterfragte die Regierung, ob die nötigen Milliarden am Ende überhaupt zur Verfügung stehen würden. Zumal ja völlig unklar ist, wie hoch die Atom-Folge-Kosten am Ende wirklich sein werden. Die AKW-Betreiber selbst gehen von 47 Milliarden Euro aus – bei

Preisen von 2014. Bis 2099 wird diese Summe deshalb auf 182 Milliarden Euro ansteigen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit Reaktor-Rückbauten, Atom Müll-Lagern oder Großprojekten allgemein sind Zweifel an dieser Kostenprognose mehr als angebracht: Höchstwahrscheinlich wird es noch deutlich teurer.

Haftungsmasse sichern

Dieses immense Kostenrisiko haben auch die Atomkonzerne erkannt – und ihre eigenen Antworten darauf gefunden: AKW ausgliedern, damit die Konzern-Mutter nicht länger für Abriss und Atom Müll einstehen muss – das hat Vattenfall bereits geschafft und es war auch der ursprüngliche Plan von Eon. Vermögenswerte in andere Gesellschaften auslagern, die dann nicht mehr herangezogen werden können – das ist der aktuelle Plan von Eon und vermutlich auch von RWE. Sich einfach komplett aus dem deutschen Markt zurückziehen – daran arbeitet Vattenfall. Um das Verursacherprinzip und die Haftungsmasse der AKW-Betreiber auch langfristig zu sichern, muss die Bundesregierung also dringend intervenieren:

Sie müsste die vorhandenen Rückstellungen der Konzerne – beziehungsweise die dahinter stehenden Vermögenswerte – sichern, indem sie sie in einen öffentlichen Fonds überführt. Und sie müsste mit einem umfassenden Nachhaftungsgesetz verhindern, dass die Atomkonzerne ihre Haftungsmasse verkleinern.

Tatsächlich passiert ist bisher nichts davon. Das von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) im Herbst 2015 in den Bundestag eingebrachte Nachhaftungsgesetz hat große Lücken und ist bis heute weder nachgebessert geschweige denn verabschiedet. Und was den Umgang mit den Rückstellungen der Konzerne angeht, setzte Gabriel Ende 2015 die 19-köpfige Atom-Finanz-Kommission unter Vorsitz von Jürgen Trittin, Matthias Platzeck und Ole von Beust ein, die dazu Vorschläge unterbreiten sollte. Diese empfiehlt, die Rückstellungen zweizuteilen: 21 der 38 Milliarden Euro (Stand 2014), mehr als die Hälfte, soll in Händen der AKW-Betreiber bleiben, die damit den Abriss der AKW und die Verpackung des Atommülls finanzieren sollen. Lediglich bessere Nachweise darüber, wo ihre Rückstellungen liegen oder investiert sind und inwieweit sie tatsächlich verfügbar sind, verlangt die Kommission.

Zwar gingen so zumindest Kostensteigerungen beim Abriss der AKW zulasten der Betreiber. Ohne ein alle Schlupflöcher stopfendes Nachhaftungsgesetz könnten sich diese allerdings auch hier noch drücken: Ginge einer der Betreiber (oder was davon nach Konzernumstrukturierungen noch übrig ist) in den kommenden 20 Jahren in die Insolvenz, blieben die Abrisskosten an der Allgemeinheit hängen.

Billig-Ablass

In einen öffentlichen Fonds überführt werden sollen nach dem Kommissionsvorschlag bloß 17 Milliarden Euro. Der Fonds soll im Gegenzug die Kosten für Zwischenlagerung, Langzeitlagerung und Atommüll-Transporte übernehmen. Für die SteuerzahlerInnen wäre das ein ausgesprochen schlechtes Geschäft. Denn die AKW-Betreiber selbst gehen davon aus, dass von den gesamten Atom-Folge-Kosten zwei Drittel auf den Atommüll entfallen. Diese Summe wird der Fonds niemals erreichen können – die realistischere zu erwartenden Zinserträge sind dafür viel zu niedrig (vgl. Grafik auf Seite 24).

Nach geltender Rechtslage müssten in diesem Fall die AKW-Betreiber die fehlenden Milliarden nachschießen. Doch die Kommission ist ihnen auf den Leim gegangen: Für einen – gemessen

an den zu erwartenden Kosten – lächerlich niedrigen „Risikoaufschlag“ von 6 Milliarden Euro will sie den Konzernen erlauben, sich von ihrer unbegrenzten Haftung komplett freizukaufen. Zahlen für den Strahlendreck müsste dann die Allgemeinheit.

.ausgestrahlt fordert

- Gesamte Rückstellungen in einen öffentlichen Fonds sichern, so lange noch Geld vorhanden ist
- Keine halben Sachen – weiter volle Haftung für die Atom-Konzerne
- Ratenzahlung nur gegen Stopp der Atommüllproduktion (siehe Randspalte)
- Nachhaftungsgesetz nachbessern und endlich in Kraft setzen
- Keine Steuerbefreiung für AKW

Aktuelle Infos und Bewertung des Kommissionsvorschlags: www.ausgestrahlt.de/badbank

Matthias Weyland

Anzeige

Anti-Atomstrom
Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.

ÖKO-TEST
Öko-Stromtarife
EWS Ökostrom
sehr gut
Spezial Energie 2015

Atomkraft
Lügen Lügen

Deutscher
Umweltpreis
2013

Auf nach Schönau!
Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100% regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.

EWS
Elektrizitätswerke
Schönau

atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de

Ratenzahlung & Rangrücktritt

Für den Fall, dass die Atomkonzerne höhere Zahlungen an den geplanten Fonds nicht verkraften können, hat .ausgestrahlt ein Ratenzahlungs-Modell entwickelt: Wenn die AKW-Betreiber die weitere Produktion von Atommüll stoppen, könnte der Staat ihnen zugestehen, ihre Zahlungen in Raten abzustottern. Sollte durch die unbegrenzte Nachschusspflicht den Konzernen eine bilanzielle Überschuldung drohen, könnte die Regierung zudem – bei einem Stopp der Dividendenausschüttungen – einem qualifizierten Rangrücktritt für diese Verbindlichkeiten zustimmen. Dies könnte dann zu einer positiven Fortführungsprognose beitragen.



Foto: www.frank-moellenberg.de

„Nehmt euch die Haftnotizen und verteilt sie überall“

Porträt | Carola Gotta, 35, nutzt jede sich bietende Gelegenheit, um ihre Mitmenschen auf das Thema Atomausstieg aufmerksam zu machen. Dazu gehört für sie immer auch der Fukushima-Jahrestag, zu dem sie Jahr für Jahr eine Mahnwache mitorganisiert. Als „Atomsteuer-Eintreiberin“ war dieser Tag für sie außerdem Auftakt dafür, Unterschriften gegen die Abschaffung der Brennelemente-Steuer zu sammeln

Bei meiner ersten Begegnung mit der Anti-AKW-Bewegung war ich ein Jahr alt. Meine Mutter hat mich auf alle Demos mitgenommen. Und jetzt nehme ich halt meine Kinder mit und oft gehen wir auch mit drei Generationen, also meine Mutter, meine Kinder und ich. In unserer Stadt haben wir keine offizielle Anti-Atom-Initiative; ich mache einfach Aktionen mit Freundinnen und Freunden, die

schon seit Jahrzehnten mit mir auf Anti-Atom-Demos fahren. Oder auch mit Leuten, die in anderen Bündnissen politisch aktiv sind.

Dass die Brennelemente-Steuer abgeschafft werden soll, macht mich wütend. Als ich dann las, dass SteuereintreiberInnen gesucht werden, habe ich gleich gedacht, dass sich das Thema

ja gut mit dem Fukushima-Jahrestag verbinden lässt. Ich habe die Mahnwache organisiert, was ich fast jedes Jahr mache, bei uns in Flörsheim.

Ich komme eben aus einer Kleinstadt und ich finde es ganz wichtig, dass viele Leute gerade in kleinen Städten was machen. Auch wenn bei unserer Mahnwache nur 30 bis 50 Leute kommen – in Großstädten buhlen jeden Tag 10, 20 oder sogar 30 verschiedene Organisationen um Aufmerksamkeit! Und ich finde, das ist so ein bisschen verschwendete Energie. Mir ist Vernetzung ganz wichtig und das ist in kleinen

Städten viel einfacher und geht schneller als in großen Städten. Wir haben hier in Flörsheim zum Beispiel eine Initiative gegen den Flughafen-Ausbau und ich bin bei attac und war bei Robin Wood. Auch der BUND ist hier oder auch die Naturfreunde. Gerade beim Thema Atomausstieg sind immer alle dabei. Wir gucken dann, wer was kann. Eine Freundin von mir schreibt zum Beispiel gute Pressemitteilungen und wir fragen rum, wer einen guten Presseverteiler hat. Jemand anderes sagt, ich kann Plakate aufhängen, bei uns im Naturfreundehaus beispielsweise. Meine Tochter hat am 10. März Geburtstag, was ja immer einen Tag vor der Fukushima-Mahnwache ist, und das ist immer ein Riesenstress. Aber dadurch, dass es eingespielt ist, und weil ich weiß, wen ich für was ansprechen kann, klappt es ganz gut. Ich schreib einfach eine E-Mail ans Ordnungsamt und sage, wir machen eine Mahnwache, und dann setzen die sich mit der Polizei in Verbindung, und dann funktioniert das.

Dieses Jahr haben wir schon im Vorfeld darauf aufmerksam gemacht, dass es neben der Mahnwache auch eine Unterschriftenaktion gegen die Abschaffung der Atomsteuer geben wird. Bei Facebook haben wir sogar eine „Event-Seite“ eingerichtet, also die Mahnwache dort bekannt gegeben und über diesen Kanal alle unsere Kontakte eingeladen. An dem Tag selbst baue ich jedes Jahr einen kleinen Tisch auf mit Infomaterial, Listen und Fahnen und stelle auch ein Sparschwein dazu. Die Spenden, die darin

„Als ich las, dass SteuereintreiberInnen gesucht werden, habe ich gleich gedacht, dass sich das Thema gut mit dem Fukushima-Jahrestag verbinden lässt.“

landen, nutze ich dann im nächsten Jahr, um für die neue Mahnwache Material zu bestellen.

Bei der Mahnwache selbst haben wir schon gut Unterschriften gesammelt. Viele Leute haben aber auch Listen mitgenommen und bei sich im Haus oder bei Freunden gesammelt. Alles, was wieder bei mir landet, leite ich dann an .ausgestrahlt weiter. Leider war es an dem Tag der Mahnwache eisekalt, und es kamen nicht so viele Leute wie erhofft. Viele waren überrascht, dass es so schlimm ist: dass in Fukushima so viele Kinder krank werden und auch, dass hierzulande nun die Brennelemente-Steuer abgeschafft werden soll. Aber es war trotzdem eine gute Stimmung und ich fand es schön, dass auch Menschen mit eigenen Plakaten und Fahnen kamen. In der Anti-Atomkraft-Szene sind immer so freundliche

„Mit kleinen Hinweisen versuche ich, das Thema immer wieder ins Bewusstsein zu rücken.“

Menschen und das Thema ist auch so, dass ich nie Probleme hatte, einfach Leute anzusprechen.

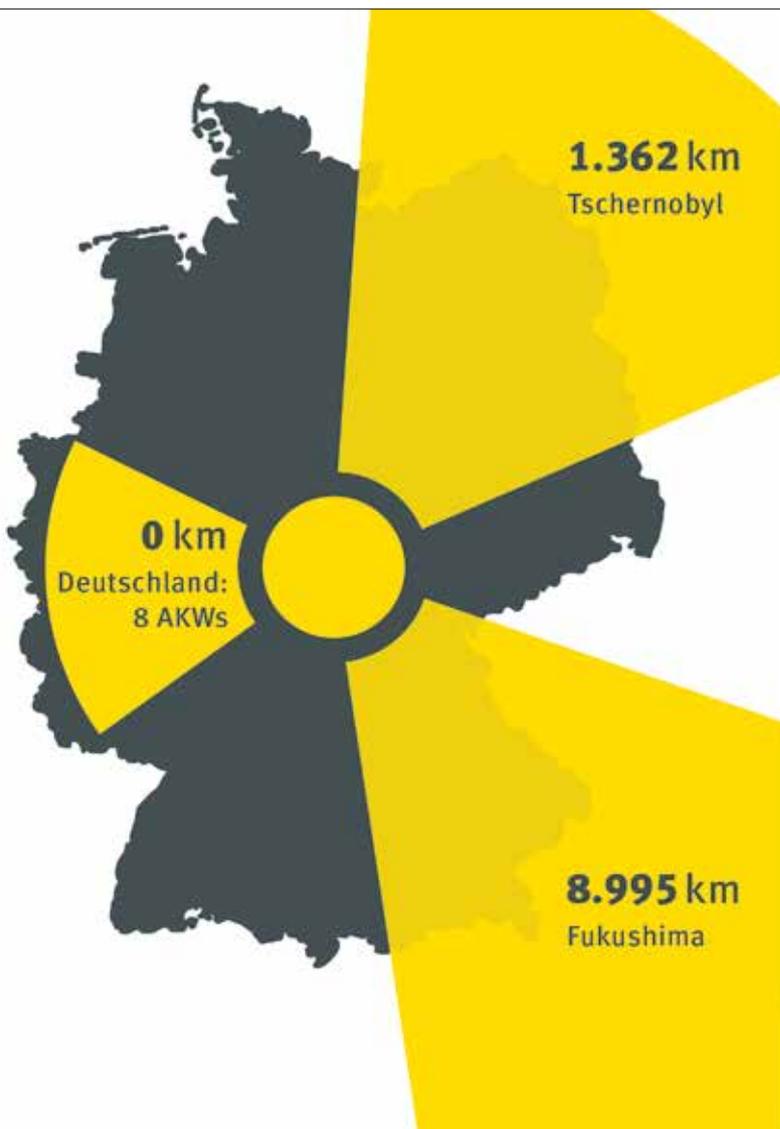
Auch wenn gerade keine Kampagne läuft oder Mahnwache ist – dadurch, dass ich Kinder habe, und weil es mir um deren Zukunft geht, versuche ich häufiger mal, gerade in Familien, das Gespräch darauf zu bringen. Mir ist es ganz wichtig, dass alle Leute ihren Stromanbieter wechseln und seit einem dreiviertel Jahr ist es ja jetzt auch möglich, beispielsweise Nachtspeicheröfen mit Ökostrom zu betreiben. Ich kenne einige Leute mit diesen Öfen und da bin ich jetzt gerade dran, dass die auch ihren Stromanbieter wechseln.

Total klasse finde ich übrigens diese Postits mit der Aufschrift „Nicht vergessen: Atomausstieg durchsetzen“, die waren auch im Paket

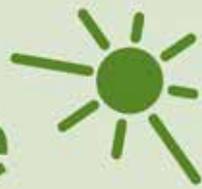
für Atomsteuer-EintreiberInnen. Die habe ich wirklich überall hingeklebt, zum Beispiel in die Spinde im Fitnessstudio und wo ich so war. Und die werden total gut gesehen. Ist ja keine Sachbeschädigung oder so, die lassen sich ja wieder ablösen, stören also nicht so wie Aufkleber. Und das habe ich dann auch auf der Mahnwache gesagt und zu Freunden: „Nehmt euch die Haftnotizen und verteilt die überall, da kann euch keiner was.“ Ich bestelle auch öfter mal ein 500er-Paket von den Bonbons mit der Sonne drauf und verteile die auf Kindergeburtstagen oder wo es sich ergibt. Und bei mir zu Hause kleben Anti-Atom-Aufkleber und es liegt Material rum. Mit solchen kleinen Hinweisen versuche ich, das Thema immer wieder ins Bewusstsein zu rücken. Dann ergibt es sich auch, dass ich einfach mal frage: „Willst du nicht auch unterschreiben?“

Protokoll: Julia Schumacher

Anzeige



Strom ohne Atomkraft!



Unabhängig von Atomindustrie und empfohlen von Umweltverbänden.

Jetzt einfach wechseln:
www.naturstrom.de/ausgestrahlt



„Keine Geschenke an Atomkonze

Interview | Bildung fördern, Armut bekämpfen, Integration verbessern – oder doch lieber Atomkraftwerke subventionieren? Ein Bericht vom Making-of des .ausgestrahlt-Spots zur Brennelemente-Steuer

Ein sonniger Aprilmorgen, Berlin Alexanderplatz. Die S-Bahn spuckt das .ausgestrahlt-Filmteam auf den Bahnsteig. Draußen weht ein frischer Frühlingswind. Unter der Weltzeituhr überreicht Kameramann Thorsten Moderator Daniel das große Puschel-Mikrofon. Seine Aufgabe: PassantInnen zu finden, die für einen .ausgestrahlt-Spot spannende Antworten geben auf die Frage „Was würdest Du mit fünf Milliarden Euro tun?“ – die Summe, die die AKW-Betreiber einstreichen würden, wenn sie, wie derzeit geplant, ab nächstem Jahr keine Brennelemente-Steuer mehr zahlen müssten.

Brennelemente-Steuer-Befreiung – ein ganz schön kompliziertes Thema für eine Straßenumfrage, oder?

Eigentlich gar nicht. Auf die Frage „Was würdest Du mit 5 Milliarden Euro machen?“ haben viele Menschen eine spontane Antwort.

Du hast gar nichts erklärt?

Doch, klar, danach dann: Dass CDU und CSU die Brennelemente-Steuer streichen wollen. Dass das den AKW-Betreibern 5 Milliarden Euro in die Kassen spülen würde. Und dass wir nun Vorschläge suchen, was man Sinnvolleres mit dem Geld anstellen könnte. Bei manchen haben wir auch zuerst erklärt und dann gefragt.

Was hat besser funktioniert?

Die Frage nach den 5 Milliarden. Da bleiben die Leute stehen: „Oh, genial!“ Und kommen so ins Nachdenken, wofür gerade eigentlich Geld notwendig wäre.

5 Milliarden ist ziemlich viel. Kann man sich eine solche Summe denn vorstellen?

Manche haben schon eine ganze Weile gebraucht. Und manche Antworten waren auch durchaus disproportional zu der Summe. Einer sagte bloß: „Ich würde zu KFC gehen und mal richtig Chicken essen.“ (lacht)

Und die ernsthafteren Vorschläge?

Viele haben von Flüchtlingen gesprochen,



oder dass man armen Familien helfen oder in Bildung investieren sollte. Vor allem haben sie geguckt, was man mit dem Geld alles Gutes anfangen könnte. Und darum geht es ja auch, finde ich: dass es nicht in eine völlig falsche Richtung gesteckt wird.

Wie viele sind einfach weitergegangen?

Ungefähr ein Drittel. Der Rest hat aber verstanden: Die Brennelemente-Steuer soll wegfallen Ende des Jahres. Und dass es jetzt darum geht, das zu verhindern.

Ihr hattet Flyer dabei ...

Die haben wir natürlich auch verteilt. Aber ich war baff, wie gut informiert die Leute schon waren.

Inwiefern?

Dass Atomkraft mit Milliarden subventioniert wurde und wird, ist nahezu jedem bekannt. Und dass es eigentlich nicht sein kann, dass da jetzt noch mehr Geld hinfließen soll, für Kraftwerke, die nicht sicher und nicht zu verantworten sind, das sehen die Leute durchweg so. Sie haben alle eine sehr klare Haltung.

Und zwar?

Raus aus der Atomenergie! Und: Keine Geschenke an Atomkonzerne! Egal, ob das nun Brennelemente-Steuer oder Atommüll-Kosten betrifft – die AKW-Betreiber sollen nicht



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Daniel Unsöld

Daniel Unsöld ist Kommunikationstrainer, Moderator und systemischer Coach in Berlin. Mehrere Jahre hat er haupt- und nebenberuflich in großen Umweltverbänden, unter anderem als Referent, gearbeitet. Gesellschaftlicher Wandel, zwischenmenschlicher Austausch und persönliches Wachstum sind die Themen, mit denen er sich fachlich und persönlich am Liebsten beschäftigt. Im .ausgestrahlt-Spot zur Brennelemente-Steuer stellt er die Fragen.

rne!“



Foto: Andreus Conradt / PubliXviewing

noch mehr Geld bekommen. Das war allen wichtig.

Das macht Dir Mut?

Auf jeden Fall. Das Atom-Thema ist noch lange nicht vom Tisch. Es ist ganz wichtig, dass wir die Politik da nicht aus der Verantwortung entlassen, dieses Risiko endlich abzuschalten.

Hattest Du das erwartet, diese Eindeutigkeit?

So massiv – nein. Wir standen ja auf dem Alexanderplatz, nicht in Kreuzberg. Ich hatte gedacht, dass viel mehr Leute einfach weggehen würden. Und mich hat überrascht, dass alle letztlich eine politische Botschaft hatten, etwas, das ihnen am Herzen lag, egal, ob jung oder alt. Es beschäftigen sich mehr Menschen mit Politik, als man denkt.

Und was würdest Du mit 5 Milliarden Euro machen?

Ich würde sie nutzen, um die Situation der Flüchtlinge und mit den Flüchtlingen zu verbessern: dafür sorgen, dass sie in Arbeit kommen, und mal probieren, Integration ganz anders anzugehen. Das fände ich die schönste Aufgabe, in Deutschland und in Europa.

Interview: Armin Simon

... und was würdest DU mit fünf Milliarden Euro tun?

Der Wegfall der Brennelemente-Steuer wäre ein Milliarden Geschenk an die Atom-Konzerne. Zeigen wir, dass es jede Menge guter Vorschläge gibt, was man mit diesem Geld anstellen könnte – anstatt den Weiterbetrieb alter und überflüssiger Atomkraftwerke zu subventionieren.

- Verbreite Deine Idee auf Facebook und Twitter mit dem Hashtag #5Milliarden
- Hinterlasse einen Kommentar auf twitter.com/ausgestrahlt oder facebook.com/ausgestrahlt.e.v.
- Schreibe eine E-Mail an: 5Milliarden@ausgestrahlt.de



Eine Auswahl der tollsten Ideen findest Du auf der nächsten Seite.



Verbreite den 5-Milliarden-Euro-Spot

→ youtube.com/user/ausgestrahlt sowie auf den Facebook- und Twitter-Seiten von [.ausgestrahlt](https://twitter.com/ausgestrahlt)

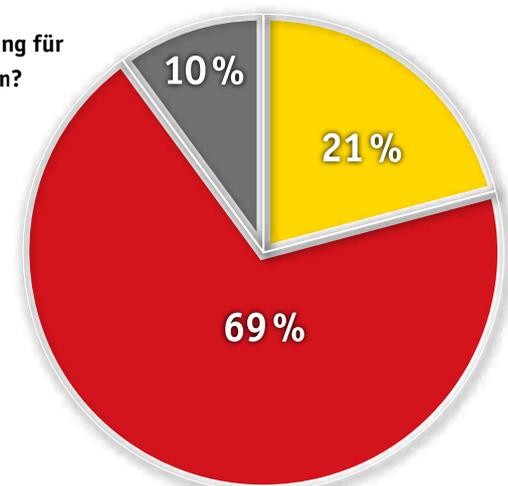
Keine Steuerbefreiung für AKW!

Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die geplante Steuerbefreiung für Atomkraftwerke – das zeigt eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von [.ausgestrahlt](https://www.ausgestrahlt.de). Das gilt selbst für die AnhängerInnen von CDU/CSU (62 % gegen Steuerbefreiung) und für die der SPD erst recht (75 % gegen Steuerbefreiung). Sorgen wir dafür, dass die große Koalition diesen Mehrheitswillen nun auch umsetzt.

Mehr als 48.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift bereits gegen das Milliarden Geschenk an die Atom-Konzerne protestiert. Bist Du schon dabei?

Flyer, Unterschriftenlisten, Aktionsmaterial und mehr zum selbst aktiv werden, findest Du hier: [ausgestrahlt.de/brennelementesteuer](https://www.ausgestrahlt.de/brennelementesteuer)

Begrüßen Sie diese Steuerentlastung für die Betreiber von Atomkraftwerken?



■ NEIN ■ JA ■ keine Angabe

Emnid-Umfrage November 2015, 1.009 Befragte

Gute Ideen statt Steuerbefreiung

Dokumentation | Was man mit 5 Milliarden Euro alles Besseres anstellen könnte, als AKW zu subventionieren – eine Auswahl der tollsten Ideen bisher ...



„An Stelle der Bundesregierung würde ich in Projekte für autofreien Verkehr investieren, in die Sanierung all der maroden Schulgebäude landauf landab, und vor allem den Kommunen was abgeben – die navigieren gerade in den strukturschwachen Regionen alle am Abgrund finanziell.“
Inga Bühler, Meldorf

„Zwei Stiftungen gründen. Eine würde für den Naturschutz interessante Grundstücke kaufen und entsprechend verwalten; die andere würde über Natur- und Umweltschutz aufklären (,Volksbildung‘).“

Hubert Pomplun, Beetzseeheide

„Man könnte damit endlich ausreichend Lehrer einstellen.“

Dirk Heinemann, Hohe Börde

„Einen Teil davon würde ich einsetzen, um Steuerfahnder einzustellen und Steuer-CDs zu kaufen. Dann hätte ich noch mehr Geld. Damit wiederum würde ich für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen: Flüchtlinge, ‚Unterschicht‘, Subventionen für Umweltschutzmaßnahmen.“

Alfred Jakobi, Petershagen



„Flächendeckend Tankstellen für Elektroautos anbieten. Aufklärungsarbeit bezahlen über die ökonomisch und ökologisch unbezahlbare und somit unsinnige ‚Endlagerung‘. Debatten, Filme und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen zum Thema ‚lebenswertes Zusammenleben auf einer lebenswerten Erde.‘“

Joachim Wagner, Husum

„Ich würde beispielsweise die Altersarmut bekämpfen.“

Hildegard Friedeborn, Hann. Münden



„Ich würde Sozialwohnungen bauen oder renovieren.“

Beate Burger, Schwäbisch Hall

„Den Abbau des Sozialstastes stoppen!“

Jutta Jung, Limburg

„Ich würde die Ursache für die Flucht aus den Krisenländern durch einen Marshallplan zu lösen versuchen, die Diplomatie in diesen Ländern verstärken, damit die Bürger nicht ihre Heimat verlassen müssen! Die beste Lösung meiner Meinung nach für das Flüchtlingsproblem!“

Lieselotte Ahammer, Töging am Inn

„Ich würde bundesweit den Ansbuch von Genossenschaftsprojekten im Bereich alternative Energien und bezahlbare Mieten finanzieren, weil ich der Meinung bin: Energie und Wohnen gehört in die Hände der Bürger.“

Gisela Pietsch-Marx, Stolberg

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Materialien für Dein Engagement gegen Atomkraft. Seite heraustrennen, ausfüllen, dabei nicht vergessen, auf der Rückseite Deine Adresse einzutragen, und per Fax (040 2531-8944) oder Post senden an: .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg. Oder einfach online bestellen unter www.ausgestrahlt.de/shop

Atommüll

Broschüre „Das Atommüll-Desaster“

Beispiele des Scheiterns – vom Uran-Bergbau über die Urananreicherung, den AKW-Betrieb, den Abriss von Atomanlagen bis zu „Endlager“-Projekten

_____ A4, 24 Seiten – 1 Euro V-125-16



Flyer „Das Atommüll-Desaster“

_____ DIN lang, sechsstufig – kostenlos M-302-22



Aufkleber „Gorleben soll leben“

wetterfeste PE-Folie (umweltfreundlich)

_____ 19 x 5 cm – 1 Euro V-123-33



„Infografik-Faltblatt „Der Atommüll-Konflikt“

Illustriert anschaulich den Atommüll-Konflikt und warum auch die Atommüll-Kommission ihn nicht lösen wird. Gefaltet auf Briefumschlagformat.

_____ 17,6 x 99,3 cm (ausgeklappt) – 1 Euro V-302-03



Broschüre „Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland“

Sorgenbericht der Atommüllkonferenz (Hrsg.), 2013 inkl. A1-Plakat „Atommüll-Landkarte“

_____ A4, 272 Seiten – 15 Euro V-124-10



Brennelemente-Steuer nicht abschaffen

„Merkel plant“-Plakat

CDU und CSU wollen die Brennelemente-Steuer Ende 2016 abschaffen. Nicht mit uns!

_____ A2 – kostenlos M-305-12

_____ A3 – kostenlos M-305-01



Unterschriftenliste

Platz zum Sammeln von jeweils 14 Unterschriften

_____ A4, zweiseitig – kostenlos M-305-02



„Merkel plant“-Klappkarte

_____ A6, vierseitig – kostenlos M-305-13

Windschutzscheiben-Kärtchen

Kärtchen mit Infos zur Brennelemente-Steuer zum Ankleben an die Scheiben parkender Autos

_____ A8 – kostenlos M-305-03



Hintergrund-Info „Brennelemente-Steuer“

Fragen und Antworten zur geplanten Steuer-Befreiung für Atomkraftwerke

_____ A5, vierseitig – kostenlos M-305-04



Sofortausstieg

Flyer
 „Der sofortige Atomausstieg ist möglich“

_____ DIN lang, 6-seitig – kostenlos M-307-06



Hintergrund-Info „Sofortausstieg“
 Fragen und Antworten zur Versorgungssicherheit ohne Atomkraftwerke

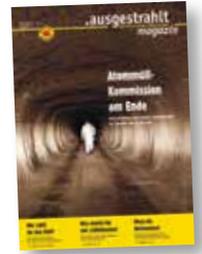
_____ A5, vierseitig – kostenlos M-307-07



.ausgestrahlt

ausgestrahlt-Magazin Nr. 31
 Zum Auslegen und Verteilen

_____ A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-31



Fukushima und Tschernobyl

Ausstellung
 „Fukushima, Tschernobyl und wir“

15 Plakate (inkl. Türplakat) zu Fakten und Folgen der beiden schlimmsten Reaktorunfälle bisher. Format A1, 60×80 cm

_____ 120 Euro Soli-Preis V-310-01

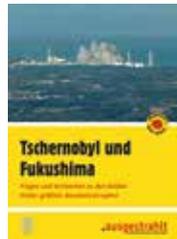
_____ 60 Euro Normal-Preis V-310-01-2

_____ 30 Euro Leider-leider-Preis V-310-01-3



Info-Broschüre „Fukushima und Tschernobyl“
 Fragen und Antworten zu den beiden bisher größten Atomkatastrophen

_____ A6, 40 Seiten – 40 Cent (ab 10 Exemplare: 30 Cent/Stck.) V-125-12



Ankündigungsplakat für die Ausstellung
 Mit Freifläche für einen Überkleber mit Zeit und Ort Deiner Ausstellung

_____ A2 – kostenlos M-310-11

_____ A3 – kostenlos M-310-04



Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,70 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post das .ausgestrahlt-Magazin den E-Mail-Newsletter

Datum, Unterschrift: _____

an .ausgestrahlt, Marienthaler Str. 35, 20535 Hamburg • Fax 040 2531-8944 • www.ausgestrahlt.de/shop



Atomkraft in Italien

Hintergrund | Tschernobyl bringt den Ausstieg, Fukushima verhindert den Wiedereinstieg

Italien gehörte zu den ersten Ländern mit Atomkraftwerken überhaupt. Es war Gründungsmitglied der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA und der europäischen Atomgemeinschaft EURATOM. 1966 trat es bereits als drittgrößter Atomstromproduzent nach den USA und England hervor; der 270-MW-Druckwasserreaktor in Trino Vercellese war bei seiner Inbetriebnahme 1964 das leistungsfähigste AKW der Welt. Insgesamt gingen in Italien vier AKW ans Netz, die aber nie mehr als 5 Prozent des Strombedarfs deckten. Drei in Bau befindliche AKW wurden nie fertiggestellt. Daneben gibt beziehungsweise gab es sechs weniger bekannte, an Forschungseinrichtungen angegliederte Reaktoren, deren Geschichte immer recht geheimnisumwittert blieb – etwa die des Forschungsreaktors RTS-1 „Galileo Galilei“ des Centro Interforze Studi per le Applicazioni Militari („... für militärische Anwendungen“) bei Pisa, wo selbst die Abriss- und Dekontaminierungsarbeiten seit mehr als 25 Jahren nur streng geheim vonstatten gehen.

Super-GAU bringt Ausstieg

Die Atom-Katastrophe von Tschernobyl führte in Italien ein Jahr später zu einem landesweiten Referendum über die Atomfrage. Mehr als 80 Prozent sprachen sich dabei gegen Atomenergie aus. Dazu muss man wissen, dass schon mehr als fünf Jahre vor Tschernobyl die Anti-Atom-Bewegung in Italien massiven Zulauf bekommen hatte. Damals sollten acht neue AKW gebaut werden, die Pläne führten insbesondere zwischen 1982 und 1985 im ganzen Land zu großen Demonstrationen, vor allem in den Standortregionen. Die Vorhaben wurden nach dem Volksentscheid aufgegeben.

2003 kam es erneut zu massiven Anti-Atom-Protesten, auch diesmal mit Erfolg: Es gelang, die Pläne für ein Atommüll-Lager in der Basilikata zu kippen.

Die Berlusconi-Regierung jedoch schuf 2009 dann gesetzliche Grundlagen für einen Wiedereinstieg in die Atomkraft. Die Pläne für mindestens vier neue AKW lagen bereits auf dem Tisch. Erneut sammelte sich die Anti-Atom-Bewegung, 2011 kam es wieder zu einer Volksabstimmung. Und just wenige Wochen zuvor explodierten die Reaktoren im japanischen Fukushima. Der Super-GAU dort war sicher mit ein Grund für die große Wahlbeteiligung und das eindeutige Ergebnis: 94 Prozent stimmten gegen einen Wiedereinstieg in die Atomkraft.

Trotzdem ist die Atom-Gefahr noch nicht für alle Zeiten gebannt. Man muss immer wachsam bleiben. Schon wenige Jahre nach dem Referendum von 1987 etwa versuchten einige Regierungen, die Atomkraft in Nacht-und-Nebel-Aktionen handstreichartig wieder einzuführen, auf Druck der Mafia oder von Lobbys. Der Regierung Berlusconi ist es 2010 fast gelungen, die Rückkehr der Atomkraft durchzusetzen. Deshalb mahnt die RNA, sich trotz des „Sieg“ von 2011 nicht zurückzulehnen: Die Lobbys und die starken Kräfte, denen die italienische Politik unterworfen ist, werden nicht noch einmal 25 Jahre warten, um erneut zu versuchen, ihre nuklearen Pläne umzusetzen.

Leider ist die Debatte über Atomkraft derzeit völlig verstummt. Es ist, als ob sich nach

dem erfolgreichen Referendum 2011 alles wie durch Zauberhand aufgelöst habe. Die Anti-Atom-, Energiewende- und Umweltbewegung ist dramatisch geschwächt, weil unterschiedliche politische Strömungen versuchen, ihre jeweiligen Interessen darin durchzusetzen. Die Niederlage beim jüngsten Referendum über die Erdöl-Förderung, bei dem nicht mal jeder Dritte überhaupt zur Wahl ging, ist da ein gutes Beispiel. Man kann nicht immer auf Unglücke zählen, damit die Menschen die Augen aufmachen und vernünftige Entscheidungen treffen – mehr Bewusstsein und Entschlossenheit tun not.

Ausbau der Erneuerbaren

In den letzten Jahren hat die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien deutlich zugenommen. Fotovoltaik etwa spielte noch 2010 kaum eine Rolle; 2014 hatte sie bereits einen Anteil von 7 % am Strommix. Zusammen mit Windkraft (5 %), Biomasse (6 %) und Geothermie (2 %) sowie der in Italien schon seit Langem vielgenutzten Wasserkraft (18 %) deckten die Erneuerbaren damit 2014 bereits 37,5 % des Stromverbrauchs. 29 % des Stroms stammten aus Gaskraftwerken, die gut auf die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien reagieren können.

Massimo Greco,
Rete Nazionale Antinucleare
www.nonukes.it



Nie wieder Super-GAU

Mahnwachen in mehr als 200 Städten erinnern Anfang März an die Katastrophe in Fukushima vor fünf Jahren. Tausende fordern, die AKW endlich abzuschalten – damit es nie wieder zu einem Super-GAU kommt. Unzählige Veranstaltungen machen das Atom-Risiko überall zum Thema. In Neckarwestheim, Kiel, Berlin und Antwerpen gibt es größere Demonstrationen. .ausgestrahlt hatte dazu aufgerufen, die Tage rund um den 11. März zu „NIE WIEDER-Wochen“ zu machen, stellt Infos und Material zur Verfügung und informiert – etwa in Neckarwestheim – über das geplante Milliarden Geschenk an die AKW-Betreiber: den Erlass der Brennelemente-Steuer.



Mahnwache in Dannenberg, 6. März 2016

Foto: Kira Becker / PubliXviewing

Ausstellung, Broschüre, Großplakat, Kinospot

Mehr als 100 Mal ist oder war die .ausgestrahlt-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ (siehe Seite 20) schon zu sehen, in Kultur- und Gemeindezentren, Bibliotheken und Schulen. Die .ausgestrahlt-Broschüre zum Thema muss binnen weniger Wochen drei Mal nachgedruckt werden. Spots in Kinos und Großplakate erinnern daran, dass auch in Deutschland noch immer acht AKW laufen.

www.ausgestrahlt.de/jahrestage2016



Neckarwestheim, 6.3.2016

Foto: CASTOR-Widerstand Neckarwestheim



Neckarwestheim, 6.3.2016

Foto: CASTOR-Widerstand Neckarwestheim



Kiel, 6.3.2016

Foto: Karin Behr / PubliXviewing

Fachkongress zu Gesundheits-Folgen

Um die wissenschaftliche Aufbereitung der Folgen des Mehrfach-GAUs von Fukushima geht es vom 26. bis 28. Februar beim Fukushima-Kongress der Ärzteorganisation IPPNW und .ausgestrahlt im Berliner Kongress-Zentrum „Urania“. .ausgestrahlt ist mit einem gut besuchten Infostand und einem Vortrag vertreten. Eindrücke vom Kongress unter: www.tschernobylkongress.de

Tschernobyl ist nicht vergessen

Auch rund um den 30. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl gehen Tausende AtomkraftgegnerInnen auf die Straße, unter anderem bei Demonstrationen in Brokdorf, Lüttich, Ahaus, bei Schacht Konrad, in Biblis, Gundremmingen, Landshut, in Fessenheim und auf den Brücken am Oberrhein sowie bei Mahnwachen und Veranstaltungen bundesweit.

Foto: Grüne KV Günzburg



Demo vorm AKW Gundremmingen, 23. April



Schadensverursacher, nicht Geschädigte

Entschädigung für entgangene Gewinne wollen sich Eon, RWE und Vattenfall per Verfassungsbeschwerde erstreiten, weil die Regierung nach Fukushima die Laufzeitverlängerung zurücknahm. Zum Verhandlungsauftritt in Karlsruhe am 15. März wehen medienwirksam Anti-Atom-Fahnen vor dem Gericht. „Eon, RWE und Vattenfall sind keine Geschädigten, sondern Schadensverursacher. Schaden entsteht nicht durch das Abschalten von Reaktoren, sondern durch ihren Betrieb!“, urteilt .ausgestrahlt.

www.ausgestrahlt.de/blog/2016/03/16/vom-recht-abzuschalten



Foto: Jörg Fangs

Protest gegen Billig-Ablass für Atomkonzerne am 27. April

Keine halben Sachen

Gegen einen kleinen „Risikoaufschlag“ will die Atom-Finanz-Kommission die AKW-Betreiber aus der finanziellen Verantwortung für ihren Atommüll entlassen. Bei der Übergabe des Kommissionsberichts fordern .ausgestrahlt und Umweltinstitut München: „Keine halben Sachen – volle Nachhaftung für Atomkonzerne“. Hintergrund-Artikel auf Seite 12/13, Grafik auf Seite 24. Aktualisierte Fragen und Antworten unter: www.ausgestrahlt.de/badbank



Foto: Karin Behr / PubliXviewing

Demo am AKW Brokdorf, 24. April



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Protest vorm Bundesverfassungsgericht am 15. März

Mit Trickfilm und Film gegen Tricks

Hoffnung auf ein Steuergeschenk von mehr als 5 Milliarden Euro machen sich derzeit Eon, RWE und EnBW – Ende des Jahres soll die Brennelemente-Steuer wegfallen. Mehr als 50.000 Menschen haben dagegen bereits unterschrieben. Damit es noch mehr werden, hat .ausgestrahlt ein Erklär-Video produziert. Außerdem wollen wir wissen: Was würdest DU mit 5 Milliarden Euro tun? Mehr dazu auf den Seiten 16–18 sowie – inklusive beider Filme – unter:

www.ausgestrahlt.de/brennelementesteuer





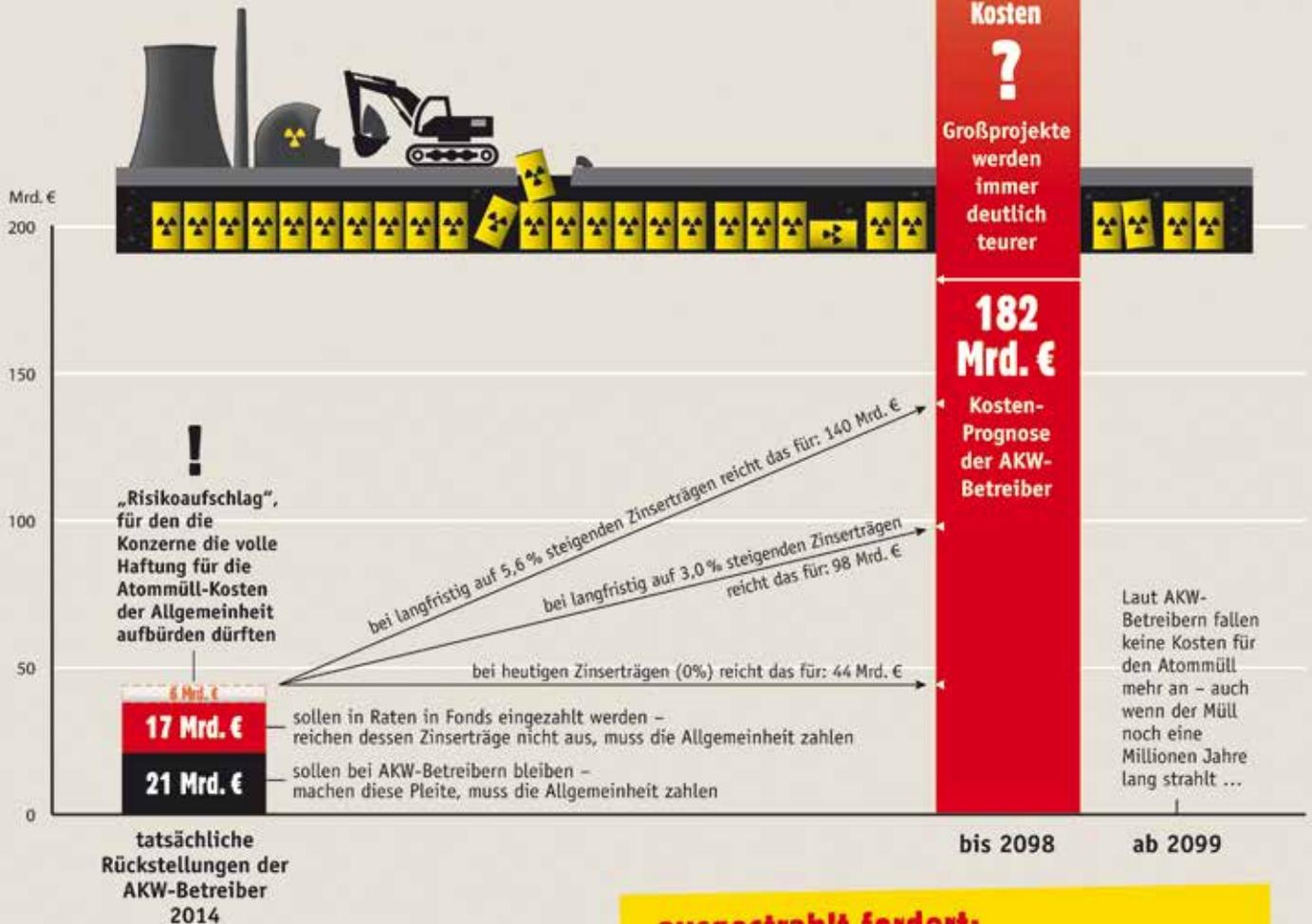
„Ich unterstütze .ausgestrahlt, weil der Ausstieg aus der Atomenergie einen verdammt langen Atem, Kompetenz und Power braucht.“

Anita Idel, Feldatal

Foto: privat

Milliarden-Risiko Atomkraft

Infografik | Keiner weiß, was der Abriss der AKW und die jahrtausendelange Lagerung des Atommülls kosten werden. Klar ist nur: Die bisherigen Rückstellungen der Atom-Konzerne reichen sicher nicht aus



.ausgestrahlt fordert:

- Volle Haftung der Atom-Konzerne für ihren Müll
- Ratenzahlung in den Fonds nur bei Stopp der Atommüll-Produktion

Quelle: „Stresstest“ des Bundeswirtschaftsministeriums (Warth&Klein, Gutachterliche Stellungnahme zur Bewertung der Rückstellungen im Kernenergiebereich, Oktober 2015); eigene Berechnungen.